

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Deutschland 4.45 M., bei Postzustellung monatlich 4.65 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2396.

Die „Freiheit“ ist nicht politisch, sondern nur ein Organ der Arbeiterbewegung. Der Inhalt ist ausschließlich sozialdemokratisch. Bei Familien- u. Vereinstellungen sind die Beiträge für den darauffolgenden Tag mit dem Briefumschlag bei der Expedition anzugeben. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eroberung Rigas durch die Deutschen.

Riga doch gefallen.

H.N. London, 14. Oktober.

„Daily Chronicle“ meldet über die Verteidigung Rigas, daß der Nacht vom Mittwoch das Feuer eröffnet wurde. Es wurde ein Angriff auf die Verteidigungswerke der Stadt unternommen. Der Boden im Kampfgebiet ist so schlecht, daß von Schützengraben keine Rede sein kann. Auch die Bewaffnung der Truppen ist sehr schlecht. Artillerie und Maschinengewehre fehlen fast ganz. Die Infanterie ist mit 17 verschiedenen Modellen von Gewehren bewaffnet. Die Deutschen waren zahlenmäßig überlegen und gut ausgerüstet. Sie verfügten über Artillerie. Schließlich haben die Letten einen Gegenangriff unternommen. Die Deutschen zogen sich darauf mit einer solchen Schnelligkeit zurück, daß die Letten mehrere hundert Gefangene machen konnten und 14 Maschinengewehre erbeuteten, außerdem haben sie ein Panzercar und einen Zug genommen. Das russische Gebiet wurde wiedergewonnen und die feindlichen Truppen in ihre ursprünglichen Stellungen zurückgedrängt. Russische Gefangene waren Bayern; Russen werden nicht darunter. Nachdem die Deutschen wieder Panzercar herangezogen hatten, unternahmen sie einen neuen Angriff. Der linke Flügel der Letten wurde zurückgedrängt und gegen Mitternacht war Riga gefallen. Ein paar gute Truppen mit etwas Kavallerie verteidigten sich, mußten sich aber auch zurückziehen. Etwa 6000 Mann zogen durch Riga und begaben sich mit ihren Nahrungsmitteltransporten nach dem Lande. Die Nacht der Letten, etwa 2000 Mann, unter Befehl des Obersten Verlags, blieb in Riga zurück. Die Stadt wurde den ganzen Tag über bombardiert. Wiederholt wurden die britischen und französischen Torpedojäger durch Granaten getroffen.

Die Besetzung Rigas durch deutsche Truppen wurde bereits vor einigen Tagen gemeldet, ist aber bisher nicht bestätigt worden. Auch der lettischen Gesandtschaft ist von der Besetzung Rigas noch nichts bekannt. Allem Anschein nach handelt es sich um eine verfrühte Alarmnachricht.

Neue Werbetricks.

Offener Betrug der deutsch-russischen Freibeuter.

Wir hatten vor einigen Tagen die Forderung aufgestellt, zur Unterbindung des andauernden Nachschubes dem Baltikum eine sofortige Urlaubssperre einzuführen zu lassen. Bisher ist aber noch nichts bekannt geworden, daß diese Sperre eingetreten ist, obwohl sie eine wesentliche Vorbedingung wäre, die für das Verbleiben der Gruppen im Baltikum von einschneidender Bedeutung wäre. Das Verhalten der Regierung zeigt also auch in diesem Punkte, daß sie sich vollständig in den Händen der Militärs befindet, die dem baltischen Abenteuer noch immer nicht entsagt haben und trotz der von ihnen über das deutsche Volk herausgeschworenen ungeheueren Gefahr ihre Pläne durch allerlei Hintertürchen durchführen wollen.

Da den Werbetricks, die sich bis in die letzten Tage hinein offen mit dem Menschenhändler befaßten, der Boden unter den Füßen jetzt etwas zu heiß geworden ist, sind die zentralen des Menschenhandels, die deutschen Kommandos stellen in Aurland, auf einen neuen Trick verfallen, um ihren Mannschafbestand aufzufüllen und ein kampffähiges Heer auf die Weite zu bringen. Sie werden jetzt von Aurland aus fertig ausgestellte Militärscheine und Urlaubsscheine an deutsche Soldaten, deren Adressen ihnen übermittelt worden sind, besonders in Schweden, in denen sie das berrliche Verlangen sie willige Werkzeuge für ihren Räuberfeldzug zu sein. Diese Scheidung mit Urlaubsscheine und Militärscheine, ausgehändigt an Personen, die in keinem Verhältnis mehr stehen, stellen einen vollstetigen Betrug allerhöchster Art dar. Wie lange soll Herr Deiser, der Eisenbahnminister, noch auf so einfache Weise betrogen lassen? Wie lange sollen die schwerverstärkten deutschen Eisenbahnen noch dazu dienen, für die baltische Expedition Verschleißer Menschen und Material unentgeltlich zu befördern? Die zu den Massen übergetretenen Formationen haben sich von Deutschland losgelöst. Sie haben also keinen Anspruch auf freie Benutzung der Feldpost, die ihnen gleichwohl noch zur Verfügung steht. Allein auf diese Weise wird das deutsche Volk um Hunderttausende von Mark betrogen.

Während die Finanzen Deutschlands immer mehr zerrüttet werden, Post und Eisenbahn nicht in der Lage sind, ohne Zuschuß zu arbeiten, stellen sie ihre Einrichtungen einer moralisch verkommenen Abenteurerclique zur freien Verfügung. Und die Regierung findet noch immer nicht den Mut, diesem schändlichen Treiben Einhalt zu bieten. Sie ist also auch für diesen Betrug voll verantwortlich zu machen.

Ein letzter Ruf an die Berliner Arbeiterschaft!

Heute abend 7 Uhr finden

30 Protestversammlungen

statt, um die Empörung des arbeitenden Volkes über die politische Entrechtung und die Vorherrschaft des neudeutschen Militarismus zum Ausdruck zu bringen.

Arbeiter! Parteigenossen!

Folgt in Massen dem Rufe der Parteileitung, kämpft

für Aufhebung des Belagerungszustandes und für Pressefreiheit!

Die Streikbewegung in Amerika.

Amsterdam, 13. Oktober.

„Times“ meldet aus New York, daß die Folgen des Streikes der Hafenarbeiter ernst sind. 181 000 Arbeiter sind infolge des Streiks erwerbslos.

H.N. New York, 14. Oktober.

Die Delegierten von 48 örtlichen Gewerkschaften im Hafenbetriebe, die 180 000 Arbeiter vertreten, haben sich für die Beendigung des Streiks ausgesprochen.

Bergarbeiterstreik in Amerika?

London, 14. Oktober.

Aus Philadelphia wird gemeldet: Am Montag sind die Verhandlungen zwischen den Kohlengrubenbesitzern und den Bergleuten ergebnislos abgebrochen worden. Die Union der Grubenarbeiter hat daraufhin für den 1. November den Streik beschlossen, der 400 000 Arbeiter umfassen wird, wenn nicht bis dahin ihre Forderungen anerkannt werden sollten. Die Forderungen beziehen sich hauptsächlich auf eine 80prozentige Lohnvermehrung, den Samstagtag und die fünfjährige Arbeitswoche.

Schwere Sozialistenverfolgungen in Rumänien

Nach einem Bericht des Pariser „Populaire“ aus Bukarest finden zur Zeit in Rumänien schwere Sozialistenverfolgungen statt. Die rumänische Regierung sucht systematisch, besonders mit Hinsicht auf die bevorstehenden Wahlen, die sozialistische Bewegung und die Propaganda der sozialistischen Partei auf alle Weise zu unterdrücken. Das Organ der Partei „Der Sozialismus“ ist verboten. Papier zur Herstellung von Wahlflugblättern wird nicht ausgehändigt. Die sozialistischen Führer werden zum größten Teil ohne jeden Grund verhaftet, insbesondere an den Orten, wo sie Aussicht haben, gewählt zu werden. Obwohl das rumänische Gesetz bestimmt, daß Kandidaten für die Wahlperiode aus dem Militärdienst entlassen werden müssen, werden im Gegenteil alle sozialistischen Kandidaten jeden Alters neu eingezogen. Unzählige Prozesse werden auf allen möglichen vorgeschobenen Gründen vor den Kriegsgerichten gegen sozialistische Führer anhängig gemacht.

Belagerungszustand!

Von Kurt Voelkel.

Wir haben wiederholt nachgetrieben („Freiheit“ Nr. 444, 448 und 408), daß der Belagerungszustand nach der neuen Reichsverfassung völlig ungesetzlich ist. Der folgende Artikel liefert den zwingenden Nachweis, daß er auch auf Grund der alten Bestimmungen aus dem Jahre 1851 jeder rechtlichen Grundlage entbehrt.

I.

Am 18. Januar 1916 wurde im Deutschen Reichstag über den Belagerungszustand debattiert. Sprecher der Sozialdemokraten war der Abgeordnete Wolfgang Heine. Er wandte sich scharf gegen die Regierung und erklärte:

„Ich spreche meine Entrüstung aus über die völlig nutzlose Beschränkung der persönlichen Freiheit einzelner Individuen, über die Unterstellung unter Schurkstas.“

Und über die auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes verhängte Pressezensur spottete er:

„Wo immer in der Welt und in welcher Zeit in der Welt es eine Pressezensur gegeben hat, sie hat immer eine Dummheit auf die andere gekostet.“

Ein paar Monate später, als am 30. Mai 1916 im Reichstag wieder der Belagerungszustand auf der Tagesordnung stand, war der Abgeordnete Gustav Noske der Sprecher der sozialdemokratischen Partei. Er entäuerte sich, daß der Belagerungszustand unter Zustimmung der bürgerlichen Parteien noch immer aufrecht erhalten werde und forderte:

„Stimmen Sie dem Antrag zu, der von Ihnen wünscht, daß eine Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes erfolgt. Unser Volk und unser Land sind so stark, daß ungeschminkte Kritik und volle Wahrheit nicht schaden, sondern nur nützen können.“

Besonders ährnte er über das Verbot von Versammlungen. Er erklärte:

„Nicht minder falsch und noch meiner Uebergzeugung sogar vom Standpunkt der Regierung bedenklich ist fernes die Unterbindung von Versammlungen politischer Vereine. Die Regierung sollte doch aus ihrer früheren Erfahrung nicht ganz vergessen haben, daß langdauernde Unterdrückungsmaßnahmen in jedem Fall Widerstand hervorrufen und bewirken, daß schließlich eine unerlöschliche Tätigkeit entfaltet wird, die viel bedenklicher ist, als eine vielleicht als unbedeutend empfundene Absperrung, weil Freistimmen und solchen Behauptungen nicht so entgegengewirkt werden kann, als wenn in aller Öffentlichkeit diskutiert würde.“

Auch Herr Scheidemann vermahnte sich energisch gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes und erklärte:

„An die Spitze der wenigen Sätze, die ich heute sprechen will, stelle ich die Forderung: „Fort mit dem Belagerungszustand!“ Der Belagerungszustand ist der Boden, auf dem all die niederträchtigen Dinge, von denen wir heute wieder gehöret haben, überhaupt erst möglich sind.“

Und er betonte:

„Der Ausnahmezustand auf Grund des Belagerungszustandes ist geradezu ein Unglück für unser Volk. Wenn es wirklich Menschen gibt, kostengeldliche Elemente, wie man sagt, die den Bestand des Reichs bedrohen, dann sind diese Leute nur gefährlich in der Stille des Belagerungszustandes. Im hellen Tageslicht in freier Luft sind diese sogenannten gefährlichen Leute vollkommen unschädlich.“

Und am 27. Februar 1917:

„Bestimmen Sie mir auch ein Wort über den Belagerungszustand. Schaffen Sie ihn endlich ab, er nützt nichts mehr, ja, Sie glauben haben, daß er jemals irgendwo genützt haben sollte. Er nützt absolut nichts; er schadet; er verdirbt die Stimmung im Volk... Was ist die Folge des Belagerungszustandes? Ein Spindel- und Denunziantengefindel ist großgezogen worden, das unserem Lande nicht zur Ehre gereicht.“

Der Reichstagsbericht verzeichnet am Schluß der Rede lebhaften Beifall bei den Sozialdemokraten.

II.

Vergeblich wurde die Aufhebung des Belagerungszustandes gefordert. Erst die Revolution vom 9. November jagte ihn hinweg. Und ein paar Monate nach der Revolution Da verhängte das Preussische Staatsministerium, das in der Mehrzahl aus Sozialdemokraten bestand, wieder über große Teile Deutschlands den Belagerungszustand; am 3. März über Berlin.

Dem Ministerium gehörte der Abgeordnete Heine als Justizminister an. Scheidemann war Mitglied der Reichsregierung. Die militärische Gewalt auf Grund des

Belagerungszustandes wurde dem Gegner des Belagerungszustandes, dem Gegner der Unterbindung von Versammlungen politischer Vereine, Gustav Noske übertragen.

III.

Für den Belagerungszustand gilt das Preussische Gesetz vom 4. Juni 1851, der Zeit der Hochflut der Reaktion. Mit der Verkündung des Belagerungszustandes geht nach § 4 dieses Gesetzes die vollziehende Gewalt an den Militärbehörden über. Die Zivilverwaltung und Gemeindebehörden haben den Anordnungen und Aufträgen der Militärbehörden Folge zu leisten.

Die Artikel der Verfassung über Versammlungs- und Pressefreiheit sind aufgehoben. Schutzhäft ist zulässig. Ausnahmegerichte in Gestalt der außerordentlichen Kriegsgerichte können eingerichtet werden. Der Militärbehörden kann im Interesse der öffentlichen Sicherheit Verbot erlassen.

Die Tragweite dieser Bestimmungen ist ungeheuer. Und Noske als Oberkommandierender hat von den ihm nach dem Gesetz von 1851 gewährten Rechten unbeschränkten Gebrauch gemacht. Versammlungen unter freiem Himmel wurden allgemein verboten, öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen der Anmelde- und Genehmigungsfrist unterworfen. Die Volksversammlungen der U. S. V. D. gegen den Friedensvertrag von Versailles, die Versammlungen der Metallarbeiter, Versammlungen des Hauptmanns von Weersfeldt, zahlreiche kommunistische Versammlungen fielen, um ein paar Beispiele herauszuheben, unter das Verbot. Versammlungen, deren Abhaltung trotzdem versucht wurde, wurden mit Waffengewalt auseinandergetrieben.

Und die Pressefreiheit unter Noske? Du lieber Gott! Wieder nur ein paar Beispiele: Die „Kölnische Volkszeitung“, die „Junge Garde“, die „Freie Jugend“, sind auf unbestimmte Zeit verboten worden. Die „Freie Welt“, die „Freiheit“ und zahlreiche andere Zeitungen durften tageweise oder wochenlang nicht erscheinen. Neue Zeitungen bedürfen besonderer Genehmigung. Verstöße gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre geahndet.

Wie sagte doch Herr De la Salle, als er noch Abgeordneter und nicht preussischer Minister war: „Wo immer in der Welt und in welcher Zeit in der Welt es eine Pressezensur gegeben hat, sie hat immer eine Dummheit auf die andere gebauft.“

IV.

Nur unter dem Belagerungszustand ist die unlagbar schändliche und brutale Einrichtung der Schutzhaft möglich. Menschen werden in Haft genommen, nicht weil sie strafbare Handlungen begangen haben, sondern weil sie nach Ansicht der Militärbehörden unvorschriftsmäßig denken. Nicht ihre Handlungen, sondern ihre Bestimmung kostet sie die Freiheit. Genosse Weinberg hat ja vor einigen Wochen in der „Freiheit“ erzählt, auf Grund welcher haltlosen Beschuldigungen Menschen von der Militärbehörde in Schutzhaft genommen und wochen- oder monatelang im Gefängnis gehalten werden, bis auf ihre eingeleitete Bewandlung der Verhandlung vor dem Reichsmilitärgericht endlich ihre völlige Unschuld ergab. Und wenn der Beschuldigte das Unglück hat, nicht der freien deutschen Republik anzugehören, sondern Ausländer zu sein, dann hat er nicht einmal ein Beschränkungsrecht, er kann dann monatelang in einem Gefängnis sitzen, ohne daß er das Material, das zu seiner Verhaftung geführt hat, überhaupt zu Gesicht bekommt.

V.

Zugleich mit der Verkündung des Belagerungszustandes hat das sozialdemokratische Ministerium regelmäßig außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt. Politische Verbrechen, wie Hochverrat, Landesverrat, Aufruhr, Widerstand gegen die Staatsgewalt, wurden damit der Unantastbarkeit der bisherigen ordentlichen Gerichte entzogen und der Zuständigkeit der neugeschaffenen Ausnahmegerichte

unterworfen. Offiziere werden Richter in politischen Prozessen. Denn das ist das Unerhörte und Ungeheuerliche! Bei den außerordentlichen Kriegsgerichten urteilen neben zwei Berufsrichtern, drei Offiziere im Majors- oder mindestens Hauptmannsrang, die von dem Militärbefehlshaber zu Richtern ernannt sind.

Die Scheinsozialisten, die als Abgeordnete nicht scharf genug den Belagerungszustand verurteilen konnten, verhängen jetzt nicht nur den Belagerungszustand, sondern setzen Offiziersgerichte zur Aburteilung über politischen Gegner ein. Revolutionäre, erklärte Gegner der Regierungstruppen, als Angeklagte: Offiziere der Regierungstruppen, vom Militärbefehlshaber hierzu bestimmt, als Richter.

Die außerordentlichen Kriegsgerichte urteilen nicht etwa nur über die Handlungen aus den Märztagen, nein, auch heute begangene Handlungen unterliegen ihrer Zuständigkeit. Ein Verstoß gegen ein Noskesches Verbot, Abhaltung einer nicht genehmigten Versammlung, Erhalten eines nicht genehmigten Flugblattes, Verbreiten einer verbotenen Zeitung — und der Angeklagte kommt vor das außerordentliche Kriegsgericht.

Und — denn wir sind ja beim Ausnahmestück — gegen die Urteile der außerordentlichen Kriegsgerichte gibt es kein Rechtsmittel. Mit ihrem Spruch ist das Verfahren ein für allemal zu Ende, mag das Urteil auch unbillig sein.

Als die kaiserliche Regierung im Januar 1918 anlässlich des großen Streiks in Berlin außerordentliche Kriegsgerichte einsetzte, da wurden sie nach kurzer Zeit wieder aufgegeben. Heute, unter einem überwiegend „sozialdemokratischen“ Ministerium, ist eine solche zeitliche Beschränkung nicht erfolgt.

VI.

Die Verkündung des Belagerungszustandes ist nach § 2 des Gesetzes vom 4. Juni 1851 nur zulässig „für den Fall eines Aufruhrs... bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit“. Folgerichtig kann der Belagerungszustand nur so lange aufrechterhalten bleiben, als die Voraussetzungen für seine Verkündung vorliegen. Da der „Aufruhr“ und der „dringende Gefahr“ seit vielen Monaten nicht mehr gegeben sind — ich lasse dahingestellt, ob sie überhaupt je gegeben waren — so ist der Belagerungszustand seit vielen Monaten ungesetzlich, seine Aufrechterhaltung ein reiner Willkürakt.

Das Ende der bayrischen Komödie.

Aus München meldet die „Telegraphen-Union“: „In der gestrigen Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei wurde eine Entschließung angenommen, in welcher darauf hingewiesen wird, daß die Bayerische Volkspartei und die Demokratische Partei auf ihren Landeskonferenzen den Wunsch zum Ausdruck gebracht haben, daß die jetzige Regierung unter dem Ministerpräsidenten Hoffmann in ihrer bisherigen Zusammenfassung weiter bestehe. Damit sei die gemeinsame Verantwortung für alle bisherigen und weiteren Regierungsmassnahmen festgelegt und die Grundlosigkeit der nachfolgenden Angriffe gegen die sozialdemokratischen Regierungsmassnahmen in aller Form anerkannt. Die sozialdemokratische Landeskonferenz habe angesichts dieser Tatsache und der für den Winter zu erwartenden großen Schwierigkeiten nicht die Verantwortung dafür übernehmen können, daß das Land durch den Austritt der sozialdemokratischen Mitglieder aus der Regierung auf neue den schwersten Erschütterungen ausgesetzt werde und die politischen, kulturellen und sozialen Errungenschaften der Revolution gefährdet würden. Damit ist die bayrische Regierungskrise beigelegt.“

So werden denn die bayrischen Rechtssozialisten ihre verberbende Regierungspolitik weiter betreiben.

Wieder Hungerstreik von politischen Gefangenen

Aus den Kerkermauern in Wehl dringt wieder mal ein Hungerstreik auf uns herüber. Die wegen politischer Angelegenheiten dort Inhaftierten sind durch die monatelange Anwesenheit der Freiheit zur Verzweiflung getrieben. Es sind fast ausschließlich einfache Arbeiter, die dort im Gefängnis schmachten, die monatelang von ihren Familien getrennt hält. Wo? Wirklich nicht möglich, das Ermittlungsverfahren zu beschleunigen, wo solches wegen Vergehen der Einzelnen angehängt werden muß. Warum müssen diese Inhaftierten von Monat zu Monat in solcher Ungewißheit schweben? Ist es zu verneinen, wenn bei den Hungerstreikern sich der Gedanke festsetzt, daß Recht und Urteil gefangen sind und gefangen gehalten werden? Ist es zu verneinen, wenn sie lieber durch Hunger Selbstmord begehen wollen, als den bisherigen Zustand noch länger erdulden?

Ein Brief aus Wehl teilt unserem Oberfeldherren mit, daß seit dem 5. Oktober die politischen Inhaftierten wieder Hungerstreik getreten sind. Dieser fürchterliche Hungerstreik, bis zu welchem Grade die Verzweiflung bei diesen gelangt ist, das man nicht daran denkt, der Qual der Inhaftierten in Wehl — und anderswo — ein Ende zu setzen, wie weit sich die Rechtssozialisten von ihren eigenen Anschauungen entfernt haben.

Die französische Herrschaft im Saargebiet

Die französischen militärischen Besatzungsbehörden im Saargebiet haben sich in den letzten Wochen immer die schwersten Eingriffe in das politische Leben des Landes seiner Bevölkerung gegenüber kommen lassen. Durch Einführung einer rein französischen Verwaltung, willkürliche Ausweisung zahlreicher Einwohner, Verkündung des Belagerungszustandes aus den nichtigen Gründen, Verbot aller Versammlungen mit mehr als 16 Personen und geschlossenen Wohnanlagen haben die militärischen Vertreter der verächtlichen französischen Regierung eine geheute Erregung unter der Bevölkerung des Saargebietes geschaffen, die sich in zahlreichen Klagen zusammen zwischen Einwohnern und Besatzungstruppen äußert. Dazu kamen die Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft, die Unterdrückung der sozialistischen Propaganda und die Unnachgiebigkeit gegen alle Forderungen, die zehntausende Streikis, insbesondere der Eisen- und der Metall- und Grubenarbeiter betrafen.

Nach einem von B. L. B. verbreiteten Telegramm aus dem 12. Oktober soll nunmehr eine mehrfache Entspannung der Lage eingetreten sein. Die Eisenbahner sollen die Arbeit wieder aufgenommen haben, doch läßt sich die meisten Grubenarbeiter. In gewissem Widerspruch zu dieser Meldung allerdings ein Telegramm aus Monheim, nach dem es in Lautern infolge der Verhaftung von Arbeitersekretären zu schweren Unruhen gekommen sei, wobei französische Soldaten in die Menge geschossen, eine Person getötet und verwundet hätten.

Das Befinden des Genossen Haase.

Im Befinden des Genossen Haase ist keine wesentliche Änderung eingetreten. Die Schmerzen dauern an, doch ist eine unruhige Nacht verbracht. Heute früh betrug die Temperatur 38,1. Im Laufe des heutigen Tages wird die Sprechung mit Professor Bier stattfinden.

Die Bekämpfung der französischen Kohlengruben, die Meldung von B. L. B. werden alle Personen, die irgendwelche Angaben über die heimliche Herstellung von norddeutschen Kohlengruben durch das deutsche Reich, insbesondere über die Tiere, in welcher die einzelnen Schichten freigelegt sind, über den Erfolg der Sprengungen, über die bei den verwendeten Sprengstoffen, über Beschädigungen der durch Einwirkungen von Förderwagen, Munition und anderen können, gebeten. Mitteilungen hierüber an die entsprechende Kommission, Abteilung RFL. II, Berlin W. 1, Linden 17/18, zu senden.

Paletina.

Seit Monaten schon kündete sich als ein musikalisches Ereignis besonderer Art die Aufführung von Hans Pfitners „Paletina“ im Opernhause, Unter den Linden. Schon die ungewöhnliche Gestaltung der Eintrittspreise, selbst an der Kasse bis zu 100 Mark, die langen Vorbereitungen über die Schwierigkeiten der sehr anspruchsvollen Einstudierung usw. ließen das Große erwarten von dem Manne, dessen früheres Schaffen (trotz seines „Armen Heinrich“ und der in Berlin noch immer nicht ausgeführten „Kose vom Niedergarten“) so lange verkannt und unterschätzt wurde.

Seinem „Paletina“ ging bereits von München der hohe Ruhm einer der reinsten und erhabensten deutschen Musikleistungen voraus. Im Mittelpunkt der Handlung steht der berühmte Kirchenkomponist Paletina, der im Ringen seines Genius die Eigenzüge Pfitners aufweist. Paletina führt im Kampf gegen die Rückführung auf den strengen Gregorianischen Choral die Musik zu neuer Höhe. Mit der Reform der Musik beschäftigte sich im 16. Jahrhundert auch der Tridentiner Konzil, das in losem Zusammenhang mit der Handlung unter großem historischen Aufgebot den ganzen zweiten Akt füllt.

Pfitner, der den Text seiner Legende selbst schrieb und im sowohl musikalisch als dramatisch durchdrang, erreicht bereits am Schluß des ersten Aktes die Höhe und den Höhepunkt seines Werkes. Von dann und darf es nicht als „Oper“ zugelassen. Einer Schöpfung von so gewaltigen Dimensionen gegenüber kann es zunächst nur eine Einstellung geben, das Werk rein durch das Gemüt auf sich wirken zu lassen — obwar der an Richard Wagners Ideenwelt erinnernde geistige Gehalt mit seinen mittelalterlichen Gefühlselementen an sich nicht geeignet ist, den Menschen der Gegenwart unmittelbar in seinen Sinn zu geben. Mystische Sphären, Verdammung und Verklärung, Zerknirschung und Erlösung — alles fern von jeder Theatralik, ja vom Theater überhaupt — ein ungeheures Ozeanarium (wenigstens der geschlossenen für sich bestehende, fast zwei Stunden währende erste Akt). Pfitners ganz nach innen gerichtete Art gemahnt an die Meditationen Brahmins, die gewaltige Struktur seines Kontrapunktes schließt an Bachsches Wohlklang an, verleiht den Säulenwald Wagnerscher Orgelarchitektur, erregt und erschüttert in ihrem deutschen und doch gerade auch in Deutschland unerhörtem künstlerischen Idealismus.

Danach aber fragt man doch: Was hat die deutsche Musik der Gegenwart und Zukunft von Pfitner zu erwarten, ist er ihr Maßstab? Und will scheinen, daß er eher ein Schilling vorangehender Epochen ist. Bei aller musikalischen Selbstständigkeit bleibt er doch Wagnerianer. Der Rang an großer Weisheit und Einfühlung in der musikalischen Struktur, das

qualende Verhältnis zwischen Orchester und Stimmen — es ist durchaus symphonische Musik — alle diese Bestandteile des Wagnerischen Stiles, über den wir im Begriff sind hinauszuschreiten, sie werden bei der geringen dramatischen Begabung Pfitners noch überboten. So hat der Fortschreiter keine Lösung dieser für die Bekämpfung der neuen Oper überaus wichtigen Probleme zu erwarten.

Die Pfitners „Armen Heinrich“ sich an den „Tristan“ anlehnt, so „Paletina“ an den „Parsifal“, aber auch bei manchen anderen Anklängen (Waldesfänger usw.) wagt er doch in gewisser Richtung über Vorbilder hinaus. So hehrem Schaffen, so überströmender Innigkeit verschleiert sich keine Seele. Darum sei auch dem Opernhause gedankt für die unter Leitung des Komponisten bis ins höchste sorgfältigste Aufführung des Werkes, das bei neueren Besuchen mit hoffentlich auch den wiederbesessenen Volkstheatern zugänglich gemacht wird. Dadurch wird der neue Direktor, Herr v. Schilling, seiner künstlerischen Tat auch die soziale Geltung geben. Eine große Schar von Einzelkräften des Opernhauses, verführt durch namhafte Gäste, führt das Werk auch äußerlich, fern aller Sensation, zu einem, trotz mancher ermüdenden Rängen, fassen und ehrsüchtigen Erfolg. Freilich, eine „Reperitoireoper“ kann und soll diese musikalische Legende, die überhaupt nur auf größten Bühnen ausführbar ist, nicht werden. In orchestraler (Dirigent Dr. Stiedry) und kernschmelzender Hinsicht wurde das Opernhaus allen künstlerischen Ansprüchen gerecht. Josef Mann sang, im Vollbesitz seiner Stimme, den Paletina nach dem Verheißung, ganz und gar nicht tenorisiert, hat, sondern inwändig berufen und durchführt. Noch viele andere wären zu nennen, besonders aber Karl Krüger, Heinrich Schlusnus und Waldemar Henke als tödliche Nebenrollen. Auch die nicht ganz zur Höhe münden, machten im Zusammenhang mit dem Gesang dem Opernhause Ehre.

Brudners F-moll-Messe.

Zu einem hohen innerlichen Fest gestaltete Siegfried Ochs Brudners gewaltige F-moll-Messe, das monumentale Werk, das nach Beethovens Missa solennis in der Kirchenmusik geschaffen wurde. Das geistige Aufbegehren der Chöre in dem bekannismächtigen Credo, von dem Erschlag der Weichhähne getragen, entfesselt alle menschlichen Leidenschaften, gerät zu einer tiefinnigen Andacht im Benedictus und in dem menschverdrängenden Ausklang des agnus dei. Nachvoll erschütterte Siegfried Ochs, wenn er Klangmassen aus Klangmassen schiedet, als tiefster Russer wirkt er in der feinsten, hauchgetragenen Schattierung. — Voran ging der 116. Psalm von Franz Schreier, ein Jugendwerk, das die fortgeschrittliche Bedeutung des ungeracht vernachlässigten Wiener Meisters noch in seinem Takt erkennen läßt.

Dr. Leo Kron, dessen Tod gemeldet wurde, war geboren im Jahre 1900 auf Grund jener unglückseligen nach ihm gerichteten Disziplinargewalt über die Disziplinanten an den preussischen Universitäten neu regelt, die Entziehung seiner Eigenschaft als Privatdozent gemeldet worden. Selbst das Verbot der Universitäts- und die der staatlichen Laboratorien wurde ihm unterjocht. Unter dieser letzten Verfügung hat er als Gelehrter getätigt, es war ihm unmöglich, seine bedeutenden Untersuchungen der Herzchen Wellen und die drahtlose Telegraphie, über die Interferenzstreifen im Licht und über die Grundlagen elektrischer Messungen experimentell fortzusetzen. Nur noch theoretisch konnte er seine Arbeiten fortführen, hat aber auch hier noch bedeutende Leistungen erzielt, besonders auf dem Gebiete der Optik, durch die Erfindung eines Farberhebers oder Farbenspektroskopes genaue Bestimmung und Festlegung jeder Farbensubstanz gelang. Er war ein Schüler von Helmholtz' Nachfolger H. Kundt und ist, von seiner politisch-sozialen Wirksamkeit abgesehen, besonders durch seine Erfindung der Querschnittlampe bekannt geworden.

Karl Hellenus, der als Dichter und Philosoph in Schriften die buddhistische Weltanschauung über das Leben hinaus predigte, ist 68 Jahre alt in Dresden gestorben. Er war in Dänemark geboren, aber in Deutschland einheimisch geworden. In einer Legende „Das Weib des Vollen“ hat er sich auch dramatisch versucht. Im Jahre 1917 wurde er den „Kobelpreis für Literatur“ ausgezeichnet.

Eröffnung der bolschewistischen Spielfestspiele in Petrograd. Ein Radiotelegramm von Jaroslava Ejsla teilt mit, daß die Sowjetkommune Petersburg wieder alle Theater zu öffnen begonnen haben. Die Große Oper wird Richard Wagner'sche „Die Nibelungen“ und die „Meistersinger“ zur Aufführung bringen. Othello, Hernani und den Jarmisch Alexanderwitsch übrigen Theater wollen einen sehr mannigfachen Spielplan von Lopez de Vega bis zu Moliere. In erster Linie die Vorstellungen naturgemäß für die Arbeiter und Reserviert.

Ein zweiter russisch-deutscher Abend (Musik und Schauspiel) findet statt am Mittwoch, den 15. Oktober, abends 8 Uhr im Deutschen Lustspielhaus, Nikolaj 8.

In der Volkshalle findet am Mittwoch, den 15. Oktober, Wiederholung des Lustspiels „Nah für Nah“ statt. Schafeparete statt.

Die... des Me... bürgerlic... scheidung... Geblä... Das... traileitun... tenden... erwiesen... gründet... einer Ver... sammlung... stande... die An... stigt, au... Vorwärts... immer... archisch... die für i... terial, na... können, d... lich dem... drent, fol... Gelesen... das letzte... terer Blick... Volk vor... — das sin... Beug liegt... der Strei... Im a... matum de... für das... droht, soll... handlung... berkeit erk... holle Span... nehmer in... Der A... zur Teilne... findet, die... g and u... arbeitsmin... handlung... Ermahnun... den. Die... die Presse... logene... beiterorgan... Dinge täu... keist. A... Aus B... leitung sel... mung habe... in welcher... der auch to... kolorig... nahme der... Stimme... eine Käst... gegen. I... wärten, daß... eine berati... gelegt werd... möglich der... Standpunkt... wird weiter... einen Zug... lich gehalten... Diese... oder mehr... mungen de... nehmerkom... monder l... Schul an... nehmen... durch ein... handlung... Unternehm... unbeanem... berchaffen... fähigste D... brandmar... Stätten... ung am... Kempo... Streikquitt... wähen... gagna der... punkt: Vid... higung au... Bürgerpar... Di... Die G... nationalen... im Oktober... Die Passen... über die G... renz, falls... Möglichkei... eine Kalku... schlußlos... erdam... mit all... erfüllt... Die G... bet Nation... antworten... Trotz... nicht

Der Streit der Metallarbeiter.

Lügenbege in der Reichswehr.

Die längst widerlegte Lüge von den politischen Absichten des Metallarbeiterstreiks, die aus den Spalten der großen bürgerlichen Presse endlich verschwunden ist, feiert ihre Auferstehung in dem für die Truppen der Reichswehr bestimmten Schriftchen „Offene Worte“.

Dah hinter dem Berliner Metallarbeiterstreik die Zentralleitung der kommunistischen Partei steckt, um die Streitenden für ihre Putschabsichten zu benutzen, ist sonnenklar erwiesen, behauptet das Blatt am 11. Oktober. Es begründet diese Lüge mit der Darstellung von Vorgängen in einer Versammlung, die nach der Auflösung der 30 Versammlungen am vorigen Donnerstag aus den Reihen der Versammlungsbesucher im Gewerkschaftshaus zustande kam. Es ist traurig, daß man feststellen muß, daß die Angaben über diese Versammlung, auf die sich das Blatt stützt, zuerst im „Vorwärts“ erschienen waren. So röstet der „Vorwärts“ — in seinem Uebereifer — den Metallarbeitern immer wieder Steine in den Weg. So gibt er den monarchistischen Hehern, die jeden Streik benutzen möchten, um die für ihre Zwecke nötige Unruhe zu erzeugen, das Material, nach dem sie die Stimmung in den Truppen erzeugen können, die sie brauchen. Das schmierige Organ, das lediglich dem Zweck der monarchistischen Verhöhnung der Truppen dient, folgert aus diesem „Material“: „Wir fürchten diese Gesellen, die unser schwerlich durchdringendes Vaterland in das letzte Verderben reihen wollen, nicht; wir sind von unserer Pflicht durchdrungen, die uns die Aufgabe stellt, unser Volk vor diesen Horden zu schützen.“ Diese Horden — das sind natürlich für den Soldaten, der dieses verlogene Zeug liest, die freisenden Metallarbeiter. Und somit ist der Zweck erreicht.

Die Streiklage.

Im allgemeinen ist die Lage unverändert. Das Ultimatum der Maschinen- und Heizer, das den Streik dieser für das Wirtschaftsleben ungemein wichtigen Gruppe androht, falls sich die Unternehmer inzwischen nicht zu Verhandlungen auf Grund des letzten Vorschlages Schlichter erklärt, läuft morgen mittag ab. Diese unheilvolle Spannung kann nur gelöst werden, wenn die Unternehmer in letzter Stunde zur Einsicht kommen.

Der Arbeitsminister hat von Stuttgart aus, wo er sich zur Teilnahme am Verbandstag der Metallarbeiter befindet, die Metallindustriellen abermals um Verhandlungen ersucht und mitgeteilt, daß das Reichsarbeitsministerium Anweisungen zur Einleitung von Verhandlungen hat. Es bleibt abzuwarten, ob solche milden Ermahnungen Eindruck auf die Scharmacher machen werden. Die Aussichten dafür sind recht gering, wenn die Presse nach wie vor den Scharmachern durch verlogene Berichte über Vorgänge innerhalb der Arbeiterorganisation die Dessenlichkeit über den Stand der Dinge täuscht und so den Unternehmern das Rückgrat weicht. So schreibt heute morgen die „Volkszeitung“:

Aus Arbeiterkreisen wird mitgeteilt, daß sich in der Streikleitung selbst eine Umschwung vorbereite. Am Sonnabend vor mittag habe eine Sitzung der Hünshernerkommission stattgefunden, in welcher darüber beraten wurde, ob man sich mit dem Vorschlag, der auch vom Reichsarbeitsminister ausgegangen ist, und der die sofortige Aufnahme der Arbeit und dann erst die Aufnahme der Verhandlungen empfiehlt, fügen solle. Das Stimmenverhältnis war ungefähr gleich. Die eine Hälfte der Anwesenden stimmte dafür, die andere dagegen. Den Ausschlag gaben die Vorkisenden, welche erklärten, daß in der Dessenlichkeit und in der Arbeiterschaft eine derartige Maßnahme als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt werden würde. So kam man zu dem Entschluß, sich bezüglich der Verhandlungen auf einen vorsichtig-abwärtenden Standpunkt zu stellen. Die „wirtschaftsfriedlichen“ Verbände, wird weiter berichtet, deren Ende schon besiegelt erschien, haben einen Zug erhalten, wie man ihn noch vor Wochen für unmöglich gehalten habe.

Diese Meldung ist Wort für Wort unwahr. Einen oder mehrere Vorsigende, die in solcher Weise bei Abstimmungen den Ausschlag geben können, gibt es in der Hünshernerkommission überhaupt nicht. Das ganze Lügenmanöver hat nur den Zweck, vor der Dessenlichkeit die Schuld an der Verschärfung der Situation von den Unternehmern abzuwälzen. Die gegenwärtige Lage, die durch ein bereitwilliges Eingehen der Arbeiter auf den Verhandlungsvorschlag und durch ein halsstarriges Zögern der Unternehmer gekennzeichnet wird, ist den Scharmachern unbekannt. Neue Lügen sollen ihnen Erleichterung verschaffen. Die Schamlosigkeit einer Presse, die ihnen willfährige Dienste dabei leistet, kann nicht scharf genug gebührend werden.

Stättenwerke K. Meier, Tempelhof. Streikversammlung am Donnerstag, den 10. Oktober, 8 Uhr, bei Spielberg, Tempelhof, Berliner Straße 77. Streikpartien abgeben und Streikquittung unterschreiben. Erdmann, Obmann.

Küstner! K. K. Küstner! Donnerstag 9 Uhr Besichtigung der Konsum-Gesellschaft Berlin u. Umgegend. Treffpunkt: Dichtenberg, Rittergüterstraße. — Auszahlung der Unterstützung auf Streikarte von 1—133 Mittwoch von 1—3 Uhr im Bürgerpark Oberschöneweide. Die Streikleitung.

Die Washingtoner Arbeiterkonferenz.

Die Einladung Deutschlands zur Teilnahme an der internationalen Arbeiterversammlung, die nach dem Friedensvertrag am 1. Oktober in Washington zusammentreten soll, ist eingegangen. Die Fassung der Einladung ist jedoch so unbestimmt und läßt über die Stellung der Deutschen und Oesterreicher auf der Konferenz, falls sie diese Einladung folgen wollten, so unangenehme Möglichkeiten offen, daß den Gewerkschaften der beiden Länder eine Teilnahme kaum möglich sein dürfte. Die Bedingungen der Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam, die eine Teilnahme der Deutschen und Oesterreicher mit allen Rechten forderien, sind jedenfalls nicht erfüllt.

Die Einladung, die vom Reichsminister Hermann Müller in der Nationalversammlung bekanntgegeben wurde, lautet in ihren entscheidenden Teilen:

„Trotz der Tatsache, daß Deutschland und Oesterreich gegenwärtig nicht an den Regierungsgesandten, die da zur Mittellage

der besagten Organisation (der internationalen Arbeiterversammlung, der nach Artikel 867 des Friedensvertrages die ursprünglichen Mitglieder des Völkerbundes angehören) sind, haben die Friedensdelegierten am 11. v. M. beschlossen, daß die Frage der Zulassung deutscher und Oesterreicher Abgeordneter zu der bevorstehenden Arbeiterversammlung in Washington dieser Konferenz überlassen werden sollte, und daß inzwischen die alliierten und assoziierten Regierungen deutscher oder Oesterreichischer Abgeordneter, die sich in Vorwegnahme einer ihnen günstigen Entscheidung nach Washington zu begeben wünschten, kein Hindernis in den Weg legen würden, und in der Sitzung des Obersten Rates am 19. September wurde die Uebereinkunft getroffen, daß die amerikanische Delegation im Namen der Konferenz ersucht werden sollte, der deutschen und der Oesterreichischen Delegation den angeführten Beschluß vom 11. September 1919 mitzuteilen.“

Daß die endgültige Entscheidung über die Zulassung der deutschen und Oesterreichischen Delegierten dem Kongreß selbst überlassen bleibt, wird in dem Schreiben wiederholt betont. Es ist also eine Art Kanonensag, der den Deutschen und Oesterreichern zugemutet wird, und es ist zu erwarten, daß die Gewerkschaften der beiden Länder es ablehnen werden, vor dem Kongreß als Mittende zu erscheinen. Die Folge einer solchen Ablehnung dürfte auch für die Gewerkschaften einiger neutraler Länder, so vor allem für die Skandinavier, Veranlassung geben, die Teilnahme abzulehnen, ja, wenn das internationale Gewerkschaftsbureau tren zu den Beschlüssen der Amsterdamer Konferenz steht, dann hätte es die Pflicht, die ganze gewerkschaftliche Internationale zur Ignorierung der Washingtoner Konferenz aufzufordern.

Anscheinend macht das Internationale Bureau in letzter Stunde Versuche, die Beteiligung der Deutschen und Oesterreicher auf irgendeine Art möglich zu machen, wie aus der nachstehenden Meldung hervorgeht.

Amsterdam, 12. Oktober.

In einem Artikel über die bisherige Beigerung Deutschlands, an der Arbeiterversammlung in Washington teilzunehmen, schreibt der Haager Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblatt“: Glücklicherweise sei auch in erster Stunde noch eine Änderung dieses Standpunktes möglich. Bei der bereits-erwähnten Unterredung zwischen dem Reichspostminister Giesberts und Oubegest sei Giesberts zu dem Entschluß gekommen, Deutschland die Teilnahme an der Konferenz anzuzupfehlen. Man werde sich in Deutschland vermutlich wohl über die Möglichkeit der Erklärung der französischen und belgischen Arbeiterführer, daß die deutschen Delegierten auf der Konferenz als völlig gleichberechtigt auftreten können, unterrichtet haben. Damit sei für die Deutschen auch das letzte Hindernis beseitigt. Man könne kaum annehmen, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge der auf rein formellen Bescheiden begründete unverschämte Standpunkt beibehalten werden wird. Deutschland würde damit sich selbst bei der Arbeiterkonferenz einen sehr schlechten Dienst erweisen.

Die Sabotage der Zechenbarone.

Wir haben schon öfter dargelegt, wo die wahren Gründe für die Kohlennot zu suchen sind: in der schlechten Beschaffenheit der Betriebsanlagen, in der Transportnot und in der Sabotage der Unternehmer. Dieser letztere Umstand wird aufs deutlichste bewiesen durch die Feststellungen einer Studienkommission, die von der Stadt Eibertels ins Ruhrgebiet entsandt war.

Die Kommission stellte fest, daß auf einigen Zecken die Förderleistung prozentual der Friedensleistung gleich kommt. Während die Unternehmer dauernd über Arbeitermangel und Arbeitsunlust der Bergarbeiter jammern, liegt nach Ansicht der Sachverständigen für den Bergbau, der Rettung der Bergarbeiterverbände in Bochum, Essen und Weislauffen der Zecken eine systematische Sabotage der Kohlenförderung durch die Grubenbesitzer vor. Dem Reichskommissar Otto Qué erklärte ein Vertreter der Stadt Hamburg, daß er seit drei Wochen im Ruhrgebiet herumlaufe, um 30 000 arbeitswillige Arbeiter zu vermitteln. Obwohl Bedarf an Arbeitskräften vorliegt, machen die Grubenbesitzer keinen Gebrauch von den Angeboten. Als Grund wird Mangel an Unterkunftsräumen angegeben, dabei hat die Hünsherner Arbeiterbaracken für mehrere tausend Personen leer stehen. Aus Angst vor der Sozialisierung tun die Unternehmer alles, um die Kohlenförderung so unrentabel wie nur möglich zu machen. Die Anordnungen des Reichskommissars Qué werden von den Unternehmern einfach nicht befolgt.

Die Kommission hat auch festgestellt, daß Kohlen in großen Mengen zu Schieberpreisen von 10 bis 12 Mark pro Zentner verschoben werden. Uebereinstimmend wurde festgestellt, daß genügend Kohlen da sind. Das geht auch aus dem Versicherungsbeitrag mit Frankreich hervor, wobei außer der Vertragsmenge noch 4 Millionen Tonnen mehr geliefert werden.

Diese Tatsachen beweisen aufs eindringlichste die Sabotage des Unternehmertums. Man hörte doch einmal von einem Gesetz über die Kohlenbewirtschaftung und sprach hochtönend von einem Anfang zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus. Wie wenig in Wirklichkeit die Regierung dreinsureden hat, geht aus folgender Äußerung des Reichskommissars Qué hervor: „Die Kohlen als solche zu verteilen, steht nicht in meiner Macht. Ich kann den Herren vom Syndikat nur Vorschläge machen.“

Es ist höchste Zeit, daß hier mit eisernem Wesen gelehrt wird. Wende man doch den sabotierenden Unternehmern gegenüber auch einmal jene drakonischen Maßnahmen an, mit denen man bei den großen Kämpfen im Ruhrgebiet die Arbeiter beglückte. Der Bevölkerung kann aber nicht oft genug gesagt werden, wo die wahren Schuldigen an dem Zusammenbruch der Kohlenwirtschaft sitzen.

Ein neues Presseverbot.

Roske hat sich ein neues Wangstück geleistet. Er hat den „Bau“, eine illustrierte politisch-satirische Wochenschrift verboten. Er kann also auch den Wit nicht mehr vertragen, den selbst das alldeutsch-monarchistische Regiment jetzt unbeschäftigt gelassen hat.

freie Welt
22
erscheint morgen

Gewerkschaftliches.

Der Kampf um die Gewerkschaften.

In überfüllter Versammlung sprach Genosse Dörmann. Frankfurt a. M. vor 4000 Besuchern in der Tonhalle in Düsseldorf über unsere Stellungnahme zu den Gewerkschaften. In Düsseldorf hat sich vor kurzem eine Vereinigung der von den freien Gewerkschaften abgespaltenen Organisationsgruppen (Allg. Arbeiter-Union, Bergarbeiter-Union und Allg. Arbeiterverband) mit den syndikalistischen „Freien Vereinigungen“ zu einer „Freien Arbeiter-Union“ zusammengeschlossen. Letztere hatte denn auch ihre Mitglieder recht zahlreich zur Versammlung in die Tonhalle geschickt. Genosse Dörmann, der den zutage getretenen Schäden in der Gewerkschaftsbewegung unserer Zeit nach Demokratisierung und Revolutionierung gegenüberstellte, wandte sich in eindringlichen Worten gegen jede Zerspaltung der Gewerkschaften und gegen den Austritt aus den freien Verbänden. Man traten in der Debatte Vertreter der Arbeiter-Union, Kommunisten und Syndikalisten entgegen. Durch Eintritt in die Freie Arbeiter-Union mußten die Auseinandersetzungen abgebrochen werden. Der Verlauf und der Parteibeschluß der Versammlung, deren größter Teil dem Referenten zustimmte, bewies das hohe Interesse, das breite Arbeitermassen der lebenswichtigen Gewerkschaftsfrage entgegenbringen.

Gegen das Betriebsrätegesetz.

Am Donnerstag, den 9. Oktober, fand im Hofsaal eine Versammlung des Gewerkschaftsartikels der Bekleidungsindustrie mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zum Betriebsrätegesetz“. Aber die vom Gewerkschaftsartikel der Bekleidungsindustrie berichtete wird: Als Referenten sprachen Ernst Däumig vom Kollegschat und Hans Gottschalk vom Gewerkschaftsartikel der Bekleidungsindustrie. Die Versammlung zeigte ein selten einmütiges Bild und sollte den Ausführungen beider Referenten, die ganz entscheidend gegen den völlig unangenehmen Regierungsvorschau Stellung nahmen, starken Beifall. In der Diskussion trat ein Herr Israel auf, der versuchen wollte, seine Gegenansichten zu parteipolitischen Äußerungen auszunutzen. Sein Versuch scheiterte an dem Willen der Versammlung, sich sachlich betheiligen, aber nicht parteipolitisch von irgend einer Seite beeinflusst zu lassen. Nichtbestimmener ließ sich der „Vorwärts“ veranlassen, grobe unwahre Behauptungen über diese Versammlung und unser Artikel in seiner Ausgabe vom 11. Oktober zu erheben. Der „Vorwärts“ behauptet einmal, daß wir „gelb“ seien. Wir halten diesen Vorwurf schon dadurch für widerlegt, daß der Genosse Däumig in unserer Versammlung als Referent gesprochen hat. Die übrigen Angriffe des „Vorwärts“ sind so sinnlos und einseitig, daß eine nähere Erörterung derselben an dieser Stelle Platzverschwendung sein würde. Wir können nur annehmen, daß die ganze Aktion im „Vorwärts“ nur erschienen ist, um den in der Versammlung so unzulässig klamierten mehrheitssozialistischen Disziplinärener Israel zu decken und in Schutz zu nehmen. Wir fragen nun: Wer bringt parteipolitische Momente in rein gewerkschaftliche Versammlungen? Der „Vorwärts“ schämt sich nicht, seinem Bericht die Bemerkung anzufügen, daß die Versammlung dazu benutzt wurde, Anknüpfungen zwischen männlichen und weiblichen Besuchern herzustellen. Das nennt der „Vorwärts“ Vertretung der Arbeiterinteressen.

Tarifverhandlung der Arbeiter in den Spritzfabriken.

Die in der Spritzfabrikation Groß-Berlins beschäftigten Arbeiter, organisiert im Verband der Bauereis- und Maschinenarbeiter und verwandter Berufsgruppen, die seit dem 28. Mai dieses Jahres in einer Lohnbewegung stehen, haben den Schlichtungsausschuss angerufen, der folgenden Schiedspruch gefällt: Dort Allen Gelehrten sind 110 M. und Ungelehrten 115 M. zu bezahlen. Den in drei Schichten tätigen Arbeitern wird die Sonn- und Feiertagsarbeit, die innerhalb der 48stündigen wöchentlichen Arbeitszeit fällt, mit einem Zuschlag von 25 Proz. zum regulären Stundenlohn vergütet. Befördert waren 115, resp. 120 M. und 50 Prozent Zuschlag. Die Arbeiter nahmen den Schiedspruch an. Die Unternehmer haben die Verbindlichkeitsklärung durch Nichtbeantwortung abgelehnt und den Schiedspruch dadurch nicht anerkannt.

Am dem Demobilisierungskommissar liegt es nun, recht bald sein Urteil über in Frage kommenden Organisation zukommen zu lassen. Die Arbeiter sind der Meinung, daß eine Industrie, die in den letzten Jahren nicht unter 25 Proz. Währungssteigerung zu verzeichnen hatte, einen derartigen Lohn, wie vom Schlichtungsausschuss gefällt, bezahlen sollte. Auch möchten sie, ehe die Jahresszeit noch weiter vorschreitet, ihren verdienten Urlaub erhalten. Wenn auch die Spritzfabrikation für den Konsum im allgemeinen zur Zeit nicht in Frage kommt, so desto mehr für die Einzelgewerbe. Aus diesen Gründen wäre es schon zu begrüßen, wenn eine Arbeitsniederlegung nicht notwendig wird.

Lohnbewegung der Berliner Müllfaher.

Nach zweitägigen Verhandlungen beim Schlichtungsausschuss Groß-Berlin mit dem Ausschussrat der Wirtschaftsgewerkschaft Berliner Grundbesitzer und dem Arbeiter-Ausschuss sowie Vertretern des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes sollte, da eine Verständigung zwischen den Parteien nicht erzielt werden konnte, der Schlichtungsausschuss folgenden Schiedspruch: Die Müllfaher und Müllfaher sind verpflichtet, an vier Tagen der Woche zwei Fuhrten und an zwei Tagen drei Fuhrten zu je 40 Kisten abzuliefern. Insgesamt also in der Woche 500 Kisten Abfuhrleistung. Gelohnt werden sollten der Arbeitnehmer zwei Fuhrten zu je 45 Kisten pro Tag, insgesamt 540 Kisten pro Woche. Die bisherige Leistung betrug 600 Kisten pro Woche und zwar dreifach, daß an drei Tagen drei und an drei Tagen zwei Fuhrten geleistet worden sind. Dieser Schiedspruch wurde von den Arbeitnehmern in einer am 9. Oktober d. J. stattgefundenen Wollerversammlung angenommen.

Bur Lohnbewegung der Altona-, Wadden-, Gasanleiterarbeiter und -arbeiterinnen nahm eine gut beluchte Wanderversammlung Stellung. Wiesenhol teilt mit, daß die Arbeitgeber es ablehnen, in Verhandlungen einzutreten und unbedingte Annahme des Reichsarbeitsgesetzes verlangen. Derselbe ist in einer Wollerversammlung abgelehnt worden. Den Unternehmern sind folgende Forderungen vorgelegt worden: Für Gehältern 278 M., für Anwärterinnen 181 M., für über 20 Jahre alte Arbeiterinnen 146 M., für größte Fertigmacherrinnen und Stepperinnen 174 M. pro Stunde. Von der Gegenseite sind für Männer 280 M., für Arbeiterinnen 120 bis 125 M. geboten worden. Soweit geht auf die Gründe der Ablehnung des Reichsarbeitsgesetzes der Arbeitgeber ein. Es sei in demselben auf die Eigenart der aus der Buchbinderei hervor-gegangenen Branche, welche viel mit weiblichen Kräften zu rechnen habe, nicht Rücksicht genommen worden. Die Arbeitszeit soll 48 Stunden betragen, während in der Buchbinderei schon lange die 46stündige Arbeitszeit besteht. Drei Jahre soll der Tarif währen und das Streikrecht durch eine Entschädigungspflicht unmöglich gemacht werden. Diese Bedingungen des Reichsarbeitsgesetzes seien unannehmbar, daher wird empfohlen, lieber tariflos zu bleiben. Ein Antrag in diesem Sinne wurde einstimmig an-

